

Das Gelingen der inneren Reform.

Der große Kampf um die Kreisordnung ist beendet: das Gesetz, welches die Grundlage der Neugestaltung unserer inneren Verwaltung werden soll, ist festgestellt und wird in wenigen Tagen die endgültige Weihe der Allerhöchsten Vollziehung erhalten.

Durch alle politischen Kreise ging in den jüngsten Wochen das Bewußtsein, daß es sich bei dieser Reform um Mehr und um Höheres, als bei irgend einem der in den letzten Jahren verhandelten Gesetze, daß es sich eben um eine neue Grundlegung für die wichtigsten Aufgaben des inneren Staatslebens handelte.

Es konnte nicht überraschen, daß bei einer so tief greifenden Reform nicht bloß die politischen Gegensätze, sondern vor Allem auch die positiven Interessen der beteiligten Kreise sich in lebhaft erregter, ja leidenschaftlicher Weise äußerten.

Die Regierung hat vom ersten Augenblicke und bereits vor drei Jahren unumwunden ausgesprochen, daß sie bei der unumgänglichen Reform namentlich dem großen Grundbesitze bedeutende Opfer zumuthen müsse, „da er auf der einen Seite Rechte verlieren, auf der anderen Seite Pflichten übernehmen soll,“ aber sie sprach auch von vornherein das Vertrauen zu der Opferfreudigkeit und zu dem Muth der Beteiligten aus, „daß sie sowohl hingeben, wie übernehmen würden, was das öffentliche Wohl von ihnen fordere“, und daß sie „ihre ganze Kraft hineinwerfen würden, um sich auch in den neuerschaffenden Zuständen obenan der Bewegung und des Einflusses zu erhalten.“

Obwohl der Ausdruck jenes Vertrauens zunächst Seitens eines großen Theils der konservativen Partei bei den Landtagsverhandlungen keine Erwiderung und Bestätigung fand, so bekundete doch die ebenso ruhige und würdige, wie feste Haltung des Ministers des Innern inmitten der leidenschaftlichen Erregungen seiner Gegner, daß die Regierung sich durch die parlamentarischen Vorgänge in ihrer Zuversicht auf das weitere Verhalten des großen Grundbesitzes keineswegs hat irre machen lassen.

Die Regierung unsers Königs ist nach wie vor überzeugt, daß sie mit der Durchführung der angebahnten acht freisinnigen Reform grade im gegenwärtigen Moment eine unzweifelhafte Pflicht ihres konservativen Berufs geübt hat; sie rechnet mit vollster Zuversicht darauf, daß ihr bei der nunmehr beginnenden schwierigen Aufgabe der praktischen Ausführung des Gesetzes die konservativen Kräfte im Lande eben so willig wie die liberalen Kreise, aus Patriotismus sowohl wie aus eigenem Interesse zur Seite stehen und „ihre ganze Kraft hineinwerfen werden, um sich in den neuen Zuständen obenan der Bewegung und des Einflusses zu halten.“

Je mehr dies geschieht, desto mehr wird die Hoffnung in Erfüllung gehen, daß Gott, der die freisinnige große Schöpfung Preußen inmitten des deutschen Vaterlandes wachsen ließ, auch über der neuesten freisinnigen Frucht seine schützende Hand walten lassen werde.

Was die neue Kreisordnung bringen soll.

Schlussrede des Ministers des Innern
Grafen zu Eulenburg

bei der Berathung der Kreisordnung im Herrenhause
am 9. December 1872.

Einer der Redner hat so eben in Aussicht gestellt, daß seine Partei besiegt werden würde. Ich hoffe das auch, aber, meine Herren, ich wünschte, sie fühlte sich nicht so besiegt, wie es nach den Worten

des Herrn von Kröcher scheinen könnte, als sei es eine Niederlage in allen ihren Prinzipien, als sei es der Ausgang eines Kampfes zwischen Konservatismus und Liberalismus, als sei Alles, was bisher bestanden habe, bedroht. So steht die Sache nicht. Sie sind in einer Frage der Zweckmäßigkeit besiegt und ich will Ihnen das nachweisen.

Worauf kommt es in dem ganzen Gesetzentwurf an? Wir wollen dem lebendigsten Gliede des preussischen Staatsorganismus, dem Kreise, eine Bedeutung geben, die er bisher nicht gehabt hat, wir wollen die Kräfte, die in ihm schlummern, entfesseln, wir wollen ihm volle kommunale Verwaltung und Verwaltungs-Justiz zuweisen, die er bisher nicht hatte, weil wir glauben, daß das Bedürfnis nach Beiden gerade in den Händen des Kreises am Besten seine Befriedigung finden wird. Zu diesem Zwecke schlägt die Regierung Ihnen vor, Aufhebung der gutsherrlichen Polizei, Wahl der Schulzen, Bildung von Amtsbezirken, Bildung des Kreis-Ausschusses. Allen diesen Punkten haben Sie keine prinzipielle Opposition entgegen gesetzt. Sie sagen bloß, die vorgeschlagenen Formen paßten Ihnen nicht: gegen die Natur der Institutionen habe ich Sie nicht in der Opposition gefunden.

Der ganze Streit dreht sich um die Zusammensetzung des Kreistages. Es kommt, wenn man einem Organe Befugnisse übertragen will, wesentlich darauf an, wie dieses Organ zusammengesetzt ist, ob es die Aufgaben, die man ihm zuweisen will, zu erfüllen im Stande ist, und deshalb ist, Sie mögen die Sache ansehen wie Sie wollen, die Zusammensetzung des Kreistages der Kernpunkt der ganzen Frage.

Der Kreistag ist die Vorschlagsbehörde für die Abgrenzung der Amtsbezirke, für die Besetzung der Amtsvorsteherstellen, für die Wahl des Landrathes, für die Bildung des Kreis-Ausschusses, kurz, in ihm konzentriert sich Alles; und ist dieser Körper richtig zusammengesetzt, so ist keine Gefahr vorhanden, daß das Gesetz nicht zu dem Resultat führen sollte, welches die Regierung von ihm hofft. Was ist nun der Punkt, um den es sich bei der Zusammensetzung des Kreistages dreht? Die Rittergutsbesitzer sollen nicht mehr als Rittergutsbesitzer mit Virilstimmen im Kreistage erscheinen, sondern sollen ihre Rechte mit denen der kleineren Grundbesitzer theilen, sie sollen mit den letzteren einen gleichen Strang ziehen: sie sollen ihre Rolle nicht mehr als Rittergutsbesitzer, sondern als große Grundbesitzer spielen. Der Begriff des Rittergutsbesitzers deckt das wirkliche Wesen des großen Grundbesitzes nicht, und deshalb ist die Regierung bemüht gewesen, den großen Grundbesitz anderweit zu bestimmen. Sie hat gewisse Steuergrenzen zwischen großem und kleinerem Besitze angenommen, und will dem großen Besitze die Hälfte der ländlichen Stimmen im Kreise geben, nachdem vorher die Städte nach Verhältnis ihrer Seelenzahl ausgezeichnet sind. Das ist ein Opfer, welches den Rittergutsbesitzern zugemuthet wird. Sie werden, wo Sie bisher in großem Uebergewicht sich befanden, jetzt nur eine Gleichberechtigung haben. Aber dieses Opfer, warum wollen Sie es nicht bringen, nachdem Sie, vielleicht mit voller Berechtigung, gesagt haben: sie seien von jeher auf den Kreistagen auch die Vertreter des kleinen Grundbesitzes gewesen, sie hätten denselben nicht unterdrückt, sondern bei Ihren Kreistags-Beschlüssen stets auch die Interessen des kleinen Grundbesitzes im Auge gehabt. Sie haben das gethan aus Billigkeitsgefühl, geleitet von den hochherzigen Anschauungen, die zu den Pflichten einer unabänderlichen Ueberzahl gehören. Aber, meine Herren, warum wollen Sie ein Verhältniß, welches praktisch sich so gestaltet hat, nicht geistlich machen? Sie verlieren dadurch nichts, Sie werden in der neuen Stellung Ihr Interesse zu wahren stark genug sein, um so mehr, als der kleine Grundbesitzer, dessen Interessen im Wesentlichen mit den Ihrigen übereinstimmend sind, von dem Augenblicke an, wo er gleichberechtigt mit Ihnen sein wird, aus freiem Antriebe Ihnen zur Seite stehen und nicht bloß die Rolle des Bevormundeten spielen wird. Von diesem Augenblicke an wird die Gleichartigkeit der Interessen des großen und kleinen Grundbesitzes auch dem letzteren zum Bewußtsein kommen, was nicht geschehen ist, so lange er das Bewußtsein hatte, formell nicht zu seinem Rechte kommen zu können. In dieser Richtung bin die Gesetzgebung zu leiten, halte ich für ein großes politisches Bedürfnis.

Es ist ein offenkundiger Fehler des deutschen Charakters, daß der niedriger Stehende das Höhere nicht zu erreichen, sondern herabzuziehen sucht, daß er es vorzieht, den besser Situirten zu beneiden und herabzumwürdigen, als es zu versuchen, sich zu ihm emporzuschwingen. Vielleicht kann die Gesetzgebung diesem Fehler mit der Zeit abhelfen,